

Bulletin

April 2013

Einladung zur Generalversammlung der CSP Zug

Datum: Donnerstag, 11. April 2013
Zeit: 19.00 Uhr
Ort: Sitzungszimmer Hirschen, Haus Zentrum, Zug

Traktanden

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmezähler/Innen
3. Jahresberichte: CSP
Kantonsrat
Gemeinderat
Stadtrat
4. Finanzen: Jahresrechnung 2012
Revisorenbericht
Festsetzung des Mitgliederbeitrages
5. Anträge
6. Verschiedenes

Im Anschluss an die Generalversammlung laden wir Sie zu einem Imbiss ein und freuen uns auf eine angereichte politische Diskussion unter anderem zum Paradigmenwechsel „Zug muss sparen“.

Vroni Straub-Müller und Barbara Müller Hoteit, Co-Präsidentinnen

Miteinander statt Gegeneinander

Nein zum Majorz-Chnorz

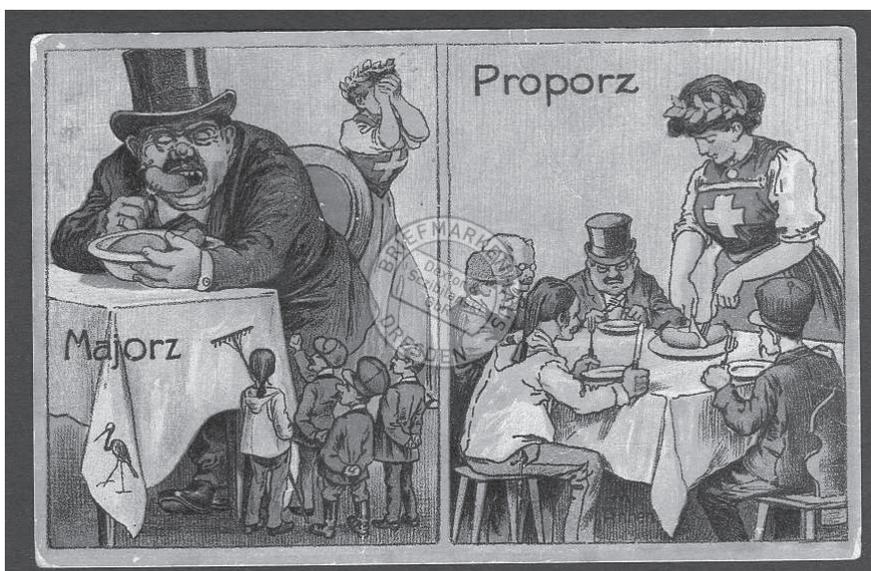
1894 wurden in Zug die Proporz-wahlen eingeführt – für den Kantonsrat und für den Regierungsrat, für den Stadtrat und für die Gemeinderäte. Die Bevölkerung hatte genug vom Machtgehabe einzelner grosser Parteien. 1885 bei den Erneuerungswahlen kamen nämlich fünf Liberale Vertreter (FDP) in den Stadtrat und die grosse Minderheitspartei (CVP) ging leer aus. Nun wollen CVP und FDP das Rad mit ihrer Majorz-Initiative wieder zurückdrehen. Es ist bereits der dritte Anlauf innert kurzer Zeit. Bisher hat das Volk den Proporz immer gestützt. Am 9. Juni dieses Jahres haben wir wiederum die Chance, mit einem Nein den bewährten Zuger Proporz beizubehalten.

Nur der Proporz sorgt dafür, dass alle politischen Kräfte in die Regierungsverantwortung eingebunden werden können – es darf nicht sein, dass kleinere oder grössere Minderheiten von der Regierung ausgeschlossen werden. Ein Miteinander funktioniert immer besser als ein Gegeneinander. Beim Majorz wird sehr stark auf die Person gesetzt – Politiker mit grösserem Wahlkampfbudget haben grössere Chancen gewählt zu werden – das wollen wir nicht. Und beim Majorz gibt es bei Rückritten Nachwahlen – das führt zu taktischen Wahlspielen und kostet viel Steuergeld. Beim Proporz hingegen gibt es eindeutige und für vier Jahre gültige Resultate.

Der CSP-Vorstand sagt Nein zum Majorz, weil uns der Proporz Stabilität bringt, die ganze Bevölkerung einbezieht, tiefere Kosten für den Steuerzahler, die Steuerzahlerin generiert und starke Persönlich-

keiten in die Regierung und den Stadtrat bringt.

Vroni Straub-Müller
Stadträtin CSP



1910 wurde per Postkarte Werbung für die Proporz-Wahl gemacht.



Politischer Standpunkt - Familienpolitik

Nach der Abstimmung vom Sonntag 03. März 2013 muss das deutliche Signal aus der Westschweiz und aus den städtischen Gebieten für uns alle zur Motivation werden, uns zukünftig mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzusetzen. Jetzt erst recht, nachdem das Volk zum Familienartikel ja sagt, die Stände jedoch nein und der Familienartikel deshalb nicht in der Bundesverfassung verankert werden kann.

Zwingend ist, dass die unterschiedlichen Familienmodelle nicht gegeneinander ausgespielt werden. Mütter, welche sich ganz ihrer Familie widmen, verdienen unsere Hochachtung. Ebenso verdienen berufstätige Frauen unsere Wertschätzung, da sie dazu beitragen, dass Familien mit niedrigem Einkommen nicht Sozialhilfe abhängig werden oder Familien mit einem hohen Salär mehr Steuereinnahmen ermöglichen. Sie alle leisten ihren gesellschaftlichen Beitrag, den wir nicht gegeneinander ausspielen dürfen. Es gibt kein besseres oder schlechteres Familienmodell. Es gibt einzig jenes Modell, welches uns das Leben aufzwingt oder im besten Falle anbietet.

In der Westschweiz geniesst die Familie einen deutlich besseren Stand als in der Deutschschweiz. Die welsche und städtische Bevölkerung, sowie das Tessin erkennt den Bedarf an ausserfamiliärer Betreuung und zeigt sich mit den berufstätigen Müttern solidarisch. Viele Lebensrealitäten von Frauen und ihren Kindern entsprechen nicht dem Idealbild der ländlichen Familientradition. Diese Frauen und ihre Kinder verdienen es, dass wir sie als vollwertige Glieder unserer Gesellschaft betrachten und wir uns für ihre Lebensbedingungen solidarisch einsetzen. Dazu gehören

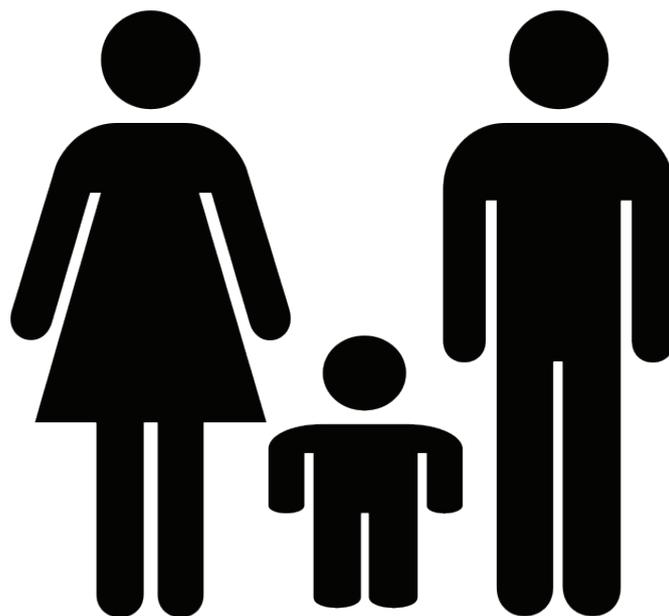
Bedingungen, die es ermöglichen, Familie und Beruf zu vereinbaren, damit sie ein selbstbestimmtes Leben führen können und sie ihren Betrag für die Gesellschaft aus eigener Kraft meistern können. Jede Frau steht heute vor der Entscheidung Familie oder Beruf. Wenn Beruf, dann höchstens in Teilzeit. So verzichten viele Frauen auf Kinder und ziehen die Karriere vor. Ein Mann muss sich dieser Entscheidung selten stellen. Er kann seiner Arbeit nachgehen und gleichzeitig das Glück der Familie geniessen.

Unsere Mütter und Grossmütter waren tatkräftige und zupackende Frauen, welche auf dem Bauernhof oder im eigenen Betrieb täglich mithalfen. Sie trugen dazu bei, die Existenz der Familie zu sichern. Sie hatten in der Regel keine Wahl, bewusst zwischen Familie und Beruf zu wählen. Ihre Kleinkinder waren mit dabei, strampelten in der

Wiege, wurden mitgetragen oder waren auch mal sich selbst überlassen. Familie und Arbeit waren in der Regel eins. Nun - die Lebenswelten haben sich geändert. Kaum eine Frau kann ihren Beruf zuhause ausführen. Familie und Arbeit sind heute meistens zwei getrennte Lebenswelten.

Nachdem das Ständemehr nicht erreicht wurde, sind nun die Wirtschaft und die kantonale und gemeindliche Politik gefordert, dass diese zwei Lebenswelten miteinander verbunden werden können und die Mütter, welche wollen oder müssen, zusammen mit ihren Kindern ganz selbstverständlich ihren Platz erhalten. Noch sind wir nicht flächendeckend so weit, aber mit dem Volksmehr als deutliches Zeichen einen Schritt näher.

Barbara Müller Hoteit
Co-Präsidentin CSP



ZFA und NFA

Die Pro-Kopf-Belastung stieg ab 2008 um mehr als 2'000 Franken an.

Per 1. Januar 2008 wurde ein grundsätzlich neues Gesetz über den direkten Finanzausgleich zwischen den Zuger Gemeinden (ZFA) in Kraft gesetzt. Dieses regelt den Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden. Der Finanzausgleich bezweckt, die unterschiedliche Steuerkraft der Zuger Gemeinden teilweise auszugleichen und damit eine Annäherung der Steuerfüsse zu fördern. Mit der Einführung des neuen Finanzausgleichs verabschiedete sich der Kanton als Zahler in den Ausgleichstopf (ZFA) und verpflichtete die Zuger Gemeinden zu Finanzierungsbeiträgen von 6 % ihres Kantonssteuerertrags in den interkantonalen Finanzausgleich (NFA) an den Kanton zu zahlen.

Die Gebergemeinden (aktuell Baar, Walchwil und Zug) unterstützen den ZFA grundsätzlich. Jedoch führte der Systemwechsel zu starken Erhöhungen der Ausgleichszahlungen. Die Einführung des neuen Zuger Finanzausgleichs im Jahr 2008 führte in der Stadt Zuger Rechnung zu einem Anstieg der Ausgaben von CHF 18 bis 20 Mio. auf rund CHF 75 Mio. jährlich. Diese hohe Belastung gefährdet die gesunden Gemeindefinanzen (ausgeglichene Rechnung, Finanzierung von Investitionen) der Stadt Zug. Die folgende Grafik zeigt die jährlichen Pro-Kopf-Belastungen der Stadt Zug für die Gesamtbelastung ZFA/NFA:

(Abbildung rechts)

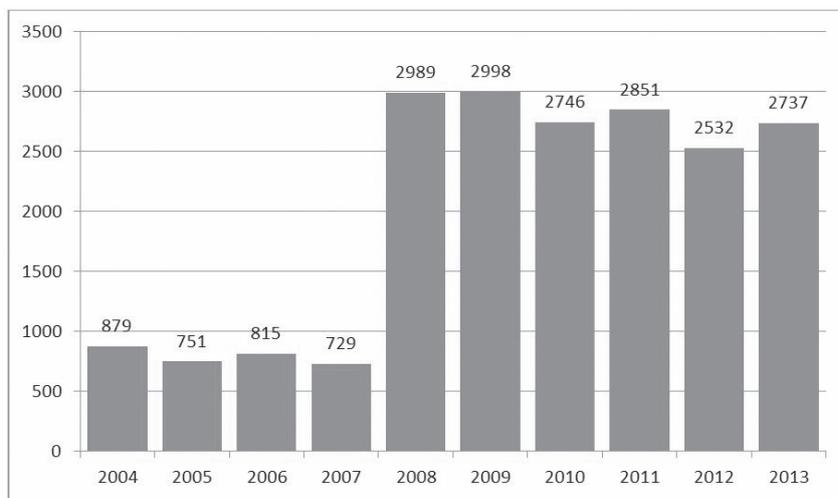
Die Pro-Kopf-Belastung der Stadtzuger-Bevölkerung stieg mit der Einführung des neuen ZFA ab 2008 um mehr als 2'000 Franken an. Die Stadt Zug forderte deshalb über die Konferenz der Finanzchefinnen und Finanzchefs der Zuger Gemeinden eine Überprüfung des Finanzausgleichssystems. Es wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Gemeinden und dem Kanton Zug eingesetzt und ein Wirksamkeitsbericht zum Zuger Finanzausgleich (ZFA) erarbeitet. Eine mögliche, moderate Entlastung der Gebergemeinden wird auf 2015 erwartet. Es wird jedoch eine Änderung des Gesetzes über den direkten Finanz-

ausgleich und des Kantonsratsbeschlusses über die Beteiligung der Zuger Gemeinden am interkantonalen Finanzausgleich (NFA) notwendig. Zudem erarbeitet die Stadt Zug aktuell einen Massnahmenplan „Verzichtsplanung“, um auf die hohen Belastung ZFA/NFA und auf die Mindereinnahmen - verursacht durch die kantonalen Steuergesetzrevisionen - agieren zu können. Die Standortattraktivität darf durch Aufgabenverzicht nicht gefährdet werden.

Andreas Rupp
Departementssekretär,
Finanzdepartment Stadt Zug

Impressum

Redaktion: Barbara Müller Hoteit
Gestaltung: Rainer Walser
Druck: Consol



Finanzausgleich: Pro-Kopf-Belastung der Stadtzuger Bevölkerung in Franken